

# **Bekanntmachung zur Einführung eines Anzeigeverfahrens im Sächsischen Denkmalschutzgesetz (SächsDSchG)**

**für**

**die Wiederherstellung oder Instandsetzung von Kulturdenkmalen nach  
einem außergewöhnlichen Ereignis, insbesondere einer  
Naturkatastrophe**

**sowie**

**geringfügige Vorhaben an Kulturdenkmalen**

Nach bisherigem Stand durfte gemäß § 12 Absatz 1 Satz 1 Sächsisches Denkmalschutzgesetz (SächsDSchG) ein Kulturdenkmal nur mit **Genehmigung** der Denkmalschutzbehörde

1. wiederhergestellt oder instand gesetzt werden,
2. in seinem Erscheinungsbild oder seiner Substanz verändert oder beeinträchtigt werden,
3. mit An- und Aufbauten, Aufschriften oder Werbeeinrichtungen versehen werden,
4. aus einer Umgebung entfernt werden,
5. zerstört oder beseitigt werden.

Mit In-Kraft-Treten des Wiederaufbaubegleitgesetzes vom 2. April 2014 am 01.05.2014, am Tag nach seiner Verkündung am 30. April 2014 im Gesetz und Verordnungsblatt Nr. 6/2014 (SächsGVBl. S. 234), sind zahlreiche Veränderungen von Landesgesetzen aus Anlass des Hochwassers 2013 vorgenommen worden. Artikel 4 dieses Gesetzes beinhaltet Regelungen zur Änderung des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes (SächsDSchG) hinsichtlich. Unter Anderem wurde § 12 Absatz 1 geändert. Demnach kann nunmehr gemäß § 12 Absatz 1 Satz 2 SächsDSchG die Wiederherstellung und Instandsetzung von Kulturdenkmalen, die aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse, insbesondere **Naturkatastrophen**, zerstört oder beschädigt wurden (erste Alternative) sowie **geringfügige Vorhaben** (zweite Alternative) der Denkmalschutzbehörde abweichend von § 12 Absatz 1 Satz 1 SächsDSchG **schriftlich angezeigt werden**; dies gilt nicht für Kulturdenkmale im Sinne des § 2 Absatz 5 Buchstabe g SächsDSchG (archäologische Kulturdenkmale). Der Begriff des geringfügigen Vorhabens wird dabei im Gesetz definiert: Ein geringfügiges Vorhaben an einem Kulturdenkmal ist die Beseitigung von Schäden und Mängeln an einzelnen Teilen des Kulturdenkmales zur Herstellung eines denkmalverträglichen Zustandes. Es umfasst insbesondere die Ausbesserung von Bauteilen nach üblicher Abnutzung oder Schädigung z.B. durch Witterungseinflüsse einschließlich einer erforderlichen Ergänzung oder Auswechslung von Bauteilen. Ein geringfügiges Vorhaben ist z. B. die Ausbesserung von Fehlstellen in Wandanstrich oder -putz und das Nachstecken beschädigter oder fehlender Dachziegel. Es muss sich um Maßnahmen handeln, die die Wesensart des Gebäudes nicht verändern und lediglich dazu dienen, das Gebäude in einem denkmalverträglichen Zustand zu halten. Nicht erforderlich ist, dass die Maßnahmen üblicherweise wiederkehrend erfolgen.

Die Genehmigung gilt dann als erteilt, wenn die Denkmalschutzbehörde nicht innerhalb von drei Wochen nach Eingang der Anzeige bei der Denkmalschutzbehörde schriftlich gegenüber dem Anzeigenden erklärt, dass ein Genehmigungsverfahren durchzuführen ist. Die Entscheidung, ob die Anzeige genügt oder ein genehmigungsverfahren durchzuführen ist, obliegt der Denkmalschutzbehörde. **Die genannten drei Wochen müssen in jedem Fall abgewartet werden, bevor mit der Maßnahme begonnen werden kann.** Darauf, dass die Denkmalschutzbehörde von ihrer Erklärungsmöglichkeit keinen Gebrauch macht, besteht jedoch kein Rechtsanspruch.

Für die Anzeige ist ein entsprechendes Anzeigeformular zu verwenden. Dieses kann analog zu den Anträgen auf Denkmalschutzrechtliche Genehmigung auf der Homepage des Landkreises Leipzig unter <http://www.landkreisleipzig.de/behoerdenwegweiser-m-aufgabeDaten-s-126.html> zur Verwendung abgerufen werden.

Unabhängig davon können entsprechende Formulare auch beim jeweils zuständigen Sachbearbeiter der Unteren Denkmalschutzbehörde beim Bauaufsichtsamt des Landratsamtes abgerufen werden.